

AK_INFO

DASEINSVORSORGE 2030 - GUTE GRUNDVERSORGUNG FÜR ALLE INNERHALB PLANETARER GRENZEN

In Österreich sind derzeit rund 370.000 Menschen arbeitslos, und das Land durchlebt die längste Rezession seit 1945. Gleichzeitig stehen wir im Bereich von Klimaschutz und -Anpassung vor großen Herausforderungen. Sicherheit und Wohlstand können vor diesem Hintergrund nur durch eine starke Daseinsvorsorge erreicht werden, die die Basis für den sozialen und ökologischen Umbau bildet. Die von der AK Wien beauftragte Studie der TU Wien in Kooperation mit der Universität Wien und dem Kompetenzzentrum Alltagsökonomie zeigt konkrete Maßnahmen, wie eine gut aufgestellte Grundversorgung nicht nur über 450 000 Arbeitsplätze schafft, sondern auch Lösungen für die Klimakrise bietet – ein Schritt hin zu einer Wirtschaftspolitik für die Vielen.

1. DIE ROLLE DER DASEINSVORSORGE FÜR DEN SOZIALEN UND ÖKOLOGISCHEN UMBAU

In der Studie wird der **Bedarf der Daseinsvorsorge** – die Bereitstellung von Gütern und Dienstleistungen wie Strom- und Wasserversorgung, Abfallmanagement, Gesundheit, Pflege, Kinder- und Altenbetreuung, Wohnen, Bildung, die Gestaltung öffentlicher Räume sowie Mobilität – **bis zum Jahr 2030** untersucht. Diese Infrastrukturen müssen einen allgemeinen und diskriminierungsfreien Zugang zu lebensnotwendigen Gütern und Dienstleistungen für alle bereitstellen. Solche öffentlichen Dienstleistungen sind in den letzten Jahrzehnten von Privatisierung und Liberalisierung geprägt. Marktorientierte Restrukturierungen schaffen allerdings Barrieren und Hemmnisse für einen universellen Zugang und eine Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse für alle.

Damit alle Menschen Zugang zu einer guten Grundversorgung haben, die die Erreichung klimapolitischer Ziele unterstützt, braucht es einerseits den Ausbau und andererseits die Umgestaltung unserer Versorgungssysteme. Nur mit einer ausreichenden Grundversorgung können sich Menschen ohne Angst vor Prekarität und krisenbedingter Unsicherheit an den notwendigen gesellschaftlichen Veränderungsprozessen beteiligen. Eine zukunftsfähige Daseinsvorsorge ist charakterisiert durch die **öffentliche Hand** als zentralen Akteur und muss mit ihrer Demokratisierung einhergehen. Für den Arbeitsmarkt bedeutet der Um- und Ausbau der öffentlichen Dienstleistungen die Chance auf zusätzliche hunderttausende sinnvolle Arbeitsplätze, die zur Lebensqualität in Österreich beitragen. Bedingung dafür ist die Attraktivierung der Arbeitsbedingungen und von Beschäftigungsverhältnissen sowie eine Ausbildungs-offensive.

2. HERAUSFORDERUNGEN UND HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN FÜR ZENTRALE BEREICHE DER DASEINSVORSORGE

LANGZEITPFLEGE

Das derzeitige System der Langzeitpflege steht aufgrund des **demografischen Wandels** und **prekärer Arbeitsbedingungen** stark unter Druck. Die steigende Nachfrage nach Pflegeplätzen erfordert weiteres Personal, jedoch sind bereits jetzt viele der offenen Stellen nicht nachbesetzt. Die bevorstehenden **Pensionierungen** in den nächsten Jahren sowie immer mehr **Privatisierung** verschärfen die Personalsituation um ein Vielfaches. Die Beschäftigten im Pflegeberuf kämpfen daher nicht zuletzt seit der Corona-Pandemie mit untragbarer Arbeitsverdichtung und einer immer höher werdenden Arbeitsbelastung. Aufgrund dieser schlechten Arbeitsbedingungen wollen immer mehr Pflegekräfte ihren Beruf wechseln. Es wird zunehmend schwieriger, neue Arbeitskräfte zu finden. Auch die 24-Stunden Betreuung geht strukturell mit unhaltbaren Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen einher, die durch eine mangelhafte Regelung von Rechten und Pflichten von Familien, Agenturen und Personenbetreuer:innen befördert werden. Zudem steigt mit dem Voranschreiten der Klimakrise die Hitzebelastung in Pflegeheimen und Tageseinrichtungen. Für eine Langzeitpflege 2030 braucht es laut Studie:

- die Verbesserung der **Arbeitsbedingungen** und **Beschäftigungsverhältnisse**, um Überlastungen zu reduzieren und den Beruf für bestehende und neue Fachkräfte attraktiver zu gestalten
- eine **starke öffentliche Gesundheits- und Pflegeversorgung**, die eine gerechte und qualitativ hochwertige Betreuung für alle sicherstellt
- die **thermische und energetische Sanierung von Gebäuden und mehr Grün**, um die Arbeitsbelastung durch Hitze für die Beschäftigten und die zu pflegenden Menschen zu minimieren

ELEMENTARPÄDAGOGIK

Die **fehlende Wertschätzung** der Arbeit der Elementarpädagog:innen gekoppelt mit **struktureller Überlastung** ist eine zentrale Hürde für die Attraktivierung dieses Berufes. Zwar ist die gewinnorientierte private Bereitstellung in diesem Bereich eher unwesentlich. Dennoch zeigt die Studie, dass sich im privat-gemeinnützigen Bereich durch zusätzliche private Selbstbehalte vor allem wohlhabende Familien eine bessere Versorgung ermöglicht. Nach wie vor fehlt es in Österreich an einer flächendeckenden guten Versorgung – vor allem für Kinder unter drei Jahren. In der Elementarpädagogik braucht es:

- **bundeseinheitliche Standards** für die Fachkraft-Kind-Relation und die **Verkleinerung** der Gruppengrößen
- den **Ausbau** öffentlicher Einrichtungen, eine bessere **Finanzierung** und eine Ausweitung der **Öffnungszeiten**

ENERGIEVERSORGUNG

Die Energiewende ist eine der großen Herausforderungen im sozialen und ökologischen Umbau. 75 Prozent der Treibhausgasemissionen der EU stammen aus dem Energiesektor. ProzentIn Österreich liegt der Anteil der Erneuerbaren Energie am

Bruttoendenergieverbrauch (also am gesamten Endverbrauch der Industrie, Mobilität, Raumwärme, etc) derzeit bei **40,8 Prozent**. Um die Klimakrise eindämmen zu können, muss dieser Anteil in den kommenden Jahren stark **steigen**. Gleichzeitig reichen die derzeitigen Regelungen nicht, um eine leistbare Energieversorgung insbesondere in Krisenzeiten zu gewährleisten. Vor allem für Haushalte mit niedrigen Einkommen fehlen gesetzliche Bestimmungen, die einen Grundbedarf an Energie zu niedrigen Preisen garantieren. Zudem werden die Kosten für den Erneuerbaren- und Netzausbau überproportional von den Haushalten getragen. Für die Energieversorgung 2030 braucht es laut Studie:

- Energieunternehmen müssen zu **gemeinwirtschaftlichem Handeln** verpflichtet werden, damit sich günstige Erzeugungskosten in den Endkund:innenpreisen widerspiegeln
- ein **gesetzlicher Anspruch auf einen Grundbedarf** an Energie zu besonders günstigen Preisen für Haushalte mit niedrigen Einkommen muss verankert werden

ÖFFENTLICHER PERSONENNAH- UND REGIONALVERKEHR (ÖPNRV)

Nur rund **die Hälfte der Bevölkerung** in Österreich ist an guten öffentlichen Verkehr angebunden. Die großen regionalen Unterschiede hängen zum Teil mit der Zersiedelung im ländlichen Raum zusammen, wo die Bereitstellung von Öffis besonders kostenintensiv ist. Nach wie vor **fehlen Vorgaben** für ein Mindestangebot für den öffentlichen Verkehr in der Raumordnung als Voraussetzung für die Siedlungsentwicklung, sowie bundesweit geltende Mindestversorgungsstandards. Die große ökologische Herausforderung ist die Verringerung des individuellen Personenverkehrs. Für den öffentlichen Personennah- und Regionalverkehr zeigt die Studie, dass es folgendes braucht:

- ein **Recht auf gute und nachhaltige Mobilität** – ein gutes Angebot an Bahn- und Busverbindungen ermöglicht Menschen den Umstieg auf Öffis
- **bessere Arbeitsbedingungen** für die Beschäftigten bei Bahn und Bus statt weiterer Liberalisierungen

WOHNEN

Wohnen ist ein **Menschenrecht**. Zwar ist das Wohnen in Österreich im europäischen Vergleich immer noch günstig, aber auch hierzulande steigen die Mieten seit Jahren. Wohnen wird damit immer öfter zum Luxusgut. Gleichzeitig ist es der Gebäudesektor für große Anteile der hohen Treibhausgasemissionen und den hohen Ressourcenverbrauch verantwortlich. Soziale und ökologische Anliegen in der Wohnpolitik dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Die Studie zeigt, was es für eine gute Versorgung aller Menschen mit Wohnraum braucht:

- **neue, flächensparende** und **sozial gerechte Wohnmodelle** zur Behebung ungleich verteilter Wohnflächenverbräuche in Verschränkung mit demografischen Entwicklungen
- flächendeckende **thermische** und **energetische Sanierung** mit Fokus auf Heizungstausch

3. DIE DASEINSVORSORGE SICHERT ARBEITSPLÄTZE

Arbeitnehmer:innen in der Daseinsvorsorge machen mit **44 % einen großen Anteil der Beschäftigten** in Österreich aus. Dienstleistungen der Daseinsvorsorge garantieren den Wohlstand und die hohe Lebensqualität für die breite Bevölkerung. Einen großen Einfluss auf das Arbeitskräfteangebot und die Arbeitskräftenachfrage hat **die demografische Entwicklung**, da sie einerseits bestimmt, wie viele Menschen im erwerbsfähigen Alter potenziell für den Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, aber andererseits auch definiert, wie viele Menschen auf Leistungen der Daseinsvorsorge angewiesen sind (z. B. Kinderbetreuungsplätze oder Plätze für ältere Menschen mit Pflegebedarf).

Darüber hinaus beeinflussen strukturelle Bedingungen wie **Arbeitsbedingungen** (insbesondere die Entlohnung, Arbeitszeiten und der Stellenwert in der Gesellschaft) wesentlich, wie viele Menschen in einer Branche arbeiten wollen und können. Auch Ausbildungsmöglichkeiten sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind zentrale Faktoren, die sich darauf auswirken, wie viele Menschen in einem Berufsfeld tätig sind, ob sie frühzeitig davon ausscheiden bzw. nach einer absolvierten Ausbildung doch in ein anderes Berufsfeld wechseln.

In der Studie werden für sieben Sektoren (Gesundheit, Langzeitpflege, Elementarpädagogik, öffentlicher Verkehr, Energieversorgung, Wohnraumversorgung, öffentliche Erholungsräume) drei Arten von Zahlen für die Jahre 2021 - 2030 dargestellt:

1. der **Status Quo** der Anzahl der Beschäftigten,
2. der **Ersatzbedarf**, der sich bis unter gleichbleibenden Bedingungen bis 2030 aus den Pensionierungen ergibt und
3. der **Zusatzbedarf**, der sich ergibt, wenn Versorgungslücken geschlossen und die Daseinsvorsorge ökologisch umgebaut wird.

	Personalstand (2021)	Ersatzbedarf		Zusatzbedarf	
	Abs.	Abs.	%	Abs.	%
Gesundheit - Pflegepersonal in Spitälern - Ärzt:innen - MTD-Personal - Hebammen	154.300	32.500	21%	16.800–25.600	11–17 %
Langzeitpflege - Pflegepersonal in stationären & mobiler Pflege	69.700	13.700	20%	18.500	27 %
Elementarbildung - Fach-/Assistenzpersonal inst. Kinderbetreuung	59.600	7.500	13 %	13.600–16.600	23–28 %
Ö(PNR)V	80.500	21.700	27 %	16.100–24.150	20–30 %
Energieversorgung - Ausbau PV - Ausbau Windkraft	4.000	540	14 %	6.000	150 %
Wohnraumversorgung - Ölkesseltausch - therm. Sanierung Gebäude	128.000	19.100	15 %	6.650	5 %

Öffentliche Erholungs- räume	5.600	n/a	n/a	n/a	n/a
Zwischensumme	496.100	95.040	19 %	77.650–97.500	16–20 %

Weitere kritische Faktoren, wie das vorzeitige Ausscheiden aus dem Beruf und die Dropout-Rate während bzw. unmittelbar nach der Ausbildung, werden in vorhergehenden Studien unterbelichtet. Weiters gibt werden oftmals nur Teile eines Sektors untersucht bzw. bestimmte Berufsgruppen ausgeblendet (so beispielsweise die 24-Stunden-Pflege oder Assistenzkräfte in der Elementarpädagogik). Für diese Leerstellen schätzt die AK-Studie für die Sektoren Gesundheit, Langzeitpflege, Elementarpädagogik und den öffentlichen Verkehr einen **bisher unberücksichtigten Mehrbedarf von 115 400 Arbeitskräften in den Jahren 2024 - 2030.**

	Gesundheit	Langzeit- pflege	Elementar- bildung	Ö(PNR)V	GESAMT
Unberücksichtigter Mehrbedarf	49 500	34 600	25 800	5 500	115 400
Ungedeckter Fehlbedarf	3 100	2 800	1 700	--	7 600
Zusatzbedarf (Angebotsverbesserung et al.)	9 000	4 400	7 400	--	20 800
Ersatzbedarf (vorzeitiges Ausscheiden)	10 400	10 000	16 700	5 500	42 600
„ausgeblendetes“ Personal: Zusatzbedarf	10 600	9 600	--	--	20 200
„ausgeblendetes“ Personal: Ersatzbedarf (Pensionierung)	8 200	3 900	--	--	12 100
„ausgeblendetes“ Personal: Ersatzbedarf (vorzeitiges Ausscheiden)	8 200	3 900	--	--	12 100

Im Bereich Wohnen und Mobilität bilden der einmalige Ausbau der Dienstleistungen und Investitionen in eine klimafreundliche Infrastruktur einen wesentlichen Faktor für die Nachfrage nach Arbeitskräften. Einmalige notwendige Investitionen in Energie, Gebäude und Verkehr von 31,1 bis 55,4 Mrd. Euro in den Jahren von 2024 bis 2030 sind in den Branchen Bauwirtschaft und Industrie mit **54.000 bis 95.000 zusätzlichen Beschäftigungsverhältnissen** verbunden.

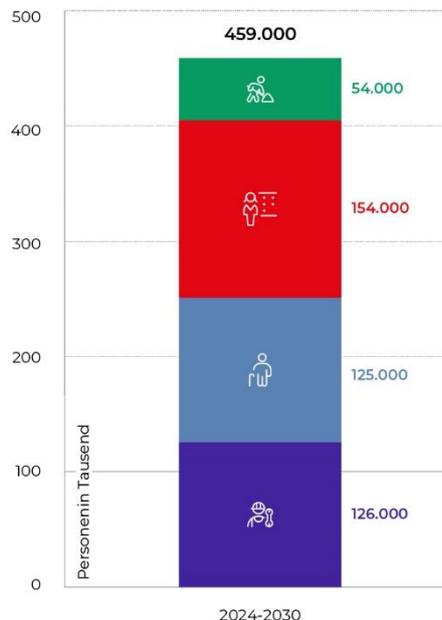
In der Gesamtschau der Ergebnisse für die Periode 2024 - 2030 ergibt sich eine große Herausforderung in der Nachbesetzung von pensionierten Beschäftigten, dem Zusatz- und Mehrbedarf um bestehende Problemlagen zu beheben sowie dem Beschäftigungsimpuls durch notwendige Investitionen in klimafreundliche Infrastruktur - ersichtlich in der nächsten Grafik. Insgesamt ergibt sich durch den **Ausbau der Daseinsvorsorge und Investitionen in Klimaschutz die Chance auf mindestens 459.000 Arbeitsplätze.**

Gute Grundversorgung für alle: Beschäftigungspotenziale 2024 - 2030

Daseinsvorsorge + Klimaschutz = über 450.000 Arbeitsplätze bis 2030

- in der Daseinsvorsorge und systemrelevanten Bereichen ergibt sich bis 2030 eine Pensionierungslücke von über 250.000 Arbeitskräften
- in Gesundheit, Langzeitpflege, Elementarpädagogik und öffentlichem Verkehr gibt es aufgrund von fehlendem Personal und Angebot sowie vorzeitigem Ausscheiden aus dem Beruf die Chance auf 154.000 zusätzliche Arbeitsplätze
- Investitionen in klimafreundliche Infrastruktur führen zu mindestens 54.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen in der Bauwirtschaft und Industrie

- Ersatzbedarf (Pensionierung): Daseinsvorsorge, wie Energieversorgung, Verkehr, Bildung, Gesundheit, Pflege und Wasser
- Ersatzbedarf (Pensionierung): Weitere systemrelevante Bereiche, wie öffentliche Verwaltung und Ernährung
- Mehrbedarf: Gesundheit, Langzeitpflege, Elementarpädagogik, öffentlicher Verkehr
- Beschäftigungsimpulse durch Investitionen in Bauwirtschaft & Industrie



Quelle: AK-Studie "Daseinsvorsorge 2030 - Gute Grundversorgung für alle innerhalb planetarer Grenzen" (2024)



4. FORDERUNGEN FÜR EINE ZUKUNFTSFITTE DASEINSVOR- SORGE

Die AK Wien fordert seit Jahren eine starke Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand, die finanziell gut aufgestellt ist. Die Ergebnisse der Studie unterstreichen wesentliche Forderungen der AK Wien.

Fürs Dasein sorgen! Eine erneuerte, sozial gerechte und ressourcenschonende öffentliche Infrastruktur bietet den Menschen Sicherheit in zunehmend unsicheren Zeiten. Die Ergebnisse der Studie unterstreichen wesentliche Forderungen der AK Wien für eine zukunftsfähige Daseinsvorsorge. Was braucht es dafür aus Sicht der AK Wien und der Wissenschaft:

1. **Effektive Planung durch die öffentliche Hand!** Damit die Bevölkerung auch künftig gut versorgt ist, reicht es nicht, den Status quo zu erhalten – es müssen tausende zusätzliche, fair entlohnte Arbeitsplätze geschaffen werden. Eine effiziente Planung durch die öffentliche Hand ist entscheidend, um den Ausbau der Daseinsvorsorge zu gewährleisten und den Bedarf an dringend benötigten Arbeitskräften zu decken. Bereits jetzt fehlen vor allem im sozialen Bereich viele qualifizierte Fachkräfte.
2. **Recht auf Weiterbildung!** Eine Verbesserung der Qualität in der Daseinsvorsorge ist nur durch eine Aus- und Weiterbildungsoffensive zu gewährleisten. Die Arbeitnehmer:innen müssen für die Zeit der Qualifizierung eine ausreichende und langfristige Existenzsicherung erhalten.

3. **Finanzierung sichern!** Eine gut öffentliche Daseinsvorsorge bietet wirksamen Schutz gegen multiple Versorgungskrisen. Sie ist daher ein wichtiger Baustein für den sozialen und ökologischen Umbau. Für den Bestand und Ausbau braucht es eine nachhaltig durch die öffentliche Hand abgesicherte Finanzierung auf allen Ebenen der Daseinsvorsorge. In der aktuellen Budgetsituation braucht es dringende neue Finanzquellen, so beispielsweise eine Vermögenssteuer.
 4. **Faire Löhne und bessere Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten!** Für eine langfristige Sicherung der qualitativ hochwertigen Daseinsvorsorge brauchen die Beschäftigten eine dringende Verbesserung der Arbeitsbedingungen, insbesondere eine Entlastung durch zusätzliches Personal. Doch es besteht bereits jetzt ein hoher Bedarf an Arbeitskräften in der öffentlichen Daseinsvorsorge.
 5. **Gemeinwohlorientierung stärken!** Die Liberalisierung von Bereichen der Daseinsvorsorge (zB Personenschienenverkehr, Energie, etc.) hat vor allem für die Beschäftigten zu schlechteren Arbeitsbedingungen geführt. Weitere Liberalisierungen sind daher aus Sicht der Beschäftigten abzulehnen. Vielmehr ist eine soziale und ökologische Zukunft mit mehr Gemeinwohlorientierung auf EU-Ebene sowie national zu stärken.
 6. **Demokratisierung und Mitbestimmung stärken!** Die Interessen von Nutzer:innen und Beschäftigten sollten in einer zukunftsorientierten Grundversorgung stärker berücksichtigt werden. Bürger:innenräte oder andere Formen der Beteiligung stärken zudem die Demokratisierung in der Gesellschaft.
- **Aufweichen der strengen EU-Fiskalregeln!** Der Erhalt und Ausbau der notwendigen Infrastruktur für die Daseinsvorsorge erfordern Investitionen in Milliardenhöhe. Damit die Städte und Gemeinden die notwendigen Investitionen in klimafitte Infrastrukturen leisten können, ohne unter die strengen EU-Budgetregeln zu fallen, müssen diese Investitionen von den strengen EU-Schuldenregeln ausgenommen werden.

KONTAKT

AK Wien

Abteilung W-KUV, S-AMI

Iris Strutzmann / Lukas Oberndorfer, Michaela Neumann / Silvia Hofbauer

iris.strutzmann@akwien.at, michaela.neumann@akwien.at